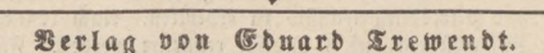
Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 244. Mittag-Ausgabe.



Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 27. Mai 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Von der polnischen Grenze, 26. Mai. Im Rathhause zu Warschau werden Vorbereitungen zu der am Dinstag stattfindenden Eröffnung des Municipalraths getroffen. — Seit Kurzem herrscht im Königreich die lang gewünschte Ruhe.

Wien, 26. Mai, Abends. Wie das Abendblatt der „Wiener Zeitung" vernimmt, wird die Kaiserin Elisabet sich nach Kissingen begeben.

München, 26. Mai. Die heutige „Baierische Zeitung" theilt mit, daß am 24. d. die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden über folgende zwischen Baiern und Baden abgeschlossene Staatsverträge stattgefunden habe: Wegen des Eisenbahnbaues von Würzburg nach Heidelberg; wegen Herstellung einer festen Rheinbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim; wegen Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen Winden und Karlsruhe mit Trajektanstalt über den Rhein bei Maximiliansau, und schließlich wegen Herstellung der Eisenbahnverbindung zwischen Germersheim und Bruchsal.

Paris, 25. Mai. Die „Patrie" widerlegt in einem Artikel über die Expedition nach Mexico die Vorwürfe, daß Frankreich die londoner Convention nicht befolgt habe, und sagt, Spanien habe bereits die Convention verletzt, indem es allein Vera-Cruz nahm. Prim allein habe gegen die Verpflichtungen des Vertrages gefehlt, aber Spanien ziehe sich zurück und Frankreich bleibe. Die „Patrie" bedauert besonders, daß das Bündniß mit Spanien gebrochen werden könne wegen bloßer Vermessenheit des Generals, ausgeführt ohne Zustimmung der Regierung, und daß ein so folgenreicher Beschluß gefaßt worden, ohne daß die Regierung befragt worden sei, oder die Regierung ihn gemißbilligt hätte. In Frankreich würde dieser General vor ein Kriegsgericht gestellt worden sein. Die „Patrie" fügt hinzu, daß Frankreich Spanien nicht in seine Politik habe hineinziehen wollen, da es mehr Interesse daran habe, die Expedition glücklich zu beenden. Der Kaiser habe Verstärkungen nach Mexico geschickt und eine mehr persönliche Haltung angenommen, als er durch verschiedene Symptome erfahren, daß Prim eine andere Politik als die in der londoner Convention festgestellte befolge. Die englische Regierung habe nicht gezeigt, daß sie ein besserer Alliirter als Spanien sei. Frankreich konnte mehr erwarten, indessen hatte England gleich als Prinzip erklärt, nicht weiter als bis nach Vera-Cruz gehen zu wollen. Die „Patrie" drückt schließlich die Hoffnung aus, daß die Franzosen mit dem Ruhme bedeckt zurückkehren werden, das alleinige Interesse der europäischen Staaten vertheidigt zu haben.

Der „Moniteur" reproduzirt diesen Artikel der „Patrie".

Ragusa, 25. Mai. Derwisch Pascha versuchte vergebens, den Paß von Duga zu passiren. Der Kampf war blutig, die Verluste beiderseits groß. Die Türken verloren den Mehmed Beg Cengsig, den Anführer der Arnauten, Azlam Beg, und mehrere Stabsofficiere. Derwisch Pascha rückte nach Bilechia und gestern mit ansehnlicher Macht nach Banjani, um von dort die Passage gegen Niksich zu versuchen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

Fünfte Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präs. Grabow eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr. Am Ministertische: v. Jagow, v. Mühler, Graf zur Lippe, v. Holzbrinck, später Graf Itzenplitz und v. d. Heydt. — Die Tribünen sind zahlreich besetzt.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen über neu eingetretene und beurlaubte Mitglieder theilt Präsident Grabow mit, daß die 3 Mitglieder der Staatsschulden-Commission neu zu wählen seien; die früheren Mitglieder waren: Kühne, Reimer und Grabow. Die Wahl wird nach Art der Präsidentenwahl durch Stimmzettel vorgenommen werden. — Es ist eingebracht worden ein von 125 Mitgliedern unterstützter Antrag von den Abg. v. Forckenbeck, Runge u. Gen., betr. die schleunige Einführung der neuen Geschäftsordnung (bereits mitgetheilt) und ein Antrag von v. Sybel auf Erlaß einer Adresse, deren Entwurf beigefügt ist. Präs. Grabow ist der Ansicht, daß eine eigene Commission über den Erlaß und Entwurf einer Adresse zu berathen habe und am Dinstag um 12 Uhr zu wählen sei. Das Haus ist damit einverstanden.

Auf der Tagesordnung steht die Mittheilung des Resultats der Wahl und Constituirung der Commissionen. Dasselbe ist bereits früher mitgetheilt.

Minister v. Jagow übergiebt dem Hause den mit dem Entwurf aus der vorigen Session gleichlautenden Entwurf eines Paßgesetzes und bittet, denselben einer besondern Commission zu überweisen. Derselbe wird jedoch auf Antrag der Abgeordneten Waldeck und v. Rönne und nachdem der Minister erklärt, er habe geglaubt, daß früher eine eigene Commission für diesen Antrag gewählt worden sei, wie früher der Comm. für Handel und Gewerbe überwiesen. — Der Minister fügt hinzu, daß der noch nicht erschienene Finanzminister andere Entwürfe vorlegen werde.

Abg. Reichenheim bringt in Erwähnung, daß es unterlassen worden sei, die in der vorigen Session im Druck vollendeten Drucksachen des Hauses nachträglich auszutheilen, und bittet zu veranlassen, daß dies geschehe. Präs. Grabow: Der Gegenstand werde in der heute Abend stattfindenden Sitzung des Vorstandes zur Sprache gebracht werden; die Drucksachen befänden sich in der Registratur, und er hoffe auf eine Erledigung im Sinne des Redners.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betrifft Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. v. Saucken-Julienfelde, welche der Referent speziell bespricht, wird vom Hause einstimmig für giltig erklärt. In Bezug auf die Wahl des Dr. Lette (Königsberg in der Neumark), der eine Stimme über die absolute Majorität (143) erhalten, während sein Gegenkandidat, Kreisrichter Riehl aus Soldin 141 erhalten, muß Referent bemerken, daß jedenfalls einige Wahlmänner-Wahlen für ungiltig zu erklären seien, und er deshalb die Wahl des Dr. Lette als giltig nicht erachten könne.

Abg. Schulze (Delitzsch) glaubt die Entscheidung über diesen rein sachlichen Gegenstand allerdings ganz dem Hause anheimstellen zu müssen, will aber doch zur Kenntniß desselben bringen, daß Dr. Lette bereits von der freien Volkswirthschaftlichen Kommission, die sich im Hause gebildet, zum Vorsitzenden gewählt worden sei, und daß er diesen Vorsitz wohl auch weiter führen werde. (Bravo).

Präs. Grabow: Ob das Haus die Wahl für giltig zu erklären gesonnen sei? Es erhebt sich Niemand.

Finanzminister v. d. Heydt überreicht den Staatshaushalts-Etat für die Jahre 1862 und 1863 und fügt hinzu: Aus den Etats wird das hohe Haus entnehmen, daß den Wünschen wegen größerer Spezialisirung der Einnahmen und Ausgaben entsprochen worden ist, und zwar eingedenk derjenigen Zusicherungen, die mein Amtsvorgänger Namens der Regierung dem vorigen Hause abgegeben. Ich vertraue, das Haus wird anerkennen, daß dieser Zusicherung durch die vorliegenden Etats vollständig genügt ist. Es konnte auch keinen Bedenken unterliegen, den Etat für das J. 1862 nachträglich hiernach umzuarbeiten, da nach den vortrefflichen Kassen-Einrichtungen gehofft werden darf, daß die dadurch herbeigeführten Schwierigkeiten überwunden werden können.

Hinsichtlich des Etats pro 1862 ergiebt sich, daß das in dem früher vorgelegten Etat auf Höhe von 5,390,385 Thlr. in Aussicht genommene Defizit sich auf 3,385,000 Thlr., also um 1,654,358 Thlr. (?) vermindert hat. Dieses Resultat ist dadurch erzielt, daß bei der Militär-Verwaltung z. B. eine Summe von 831,000 Thlr. weniger gefordert wird, und daß von dem Zuschuß zu dem Eisenbahnfonds 500,000 Thlr. abgesetzt sind. Die eigenen Einnahmen der Eisenbahnverwaltung haben sich nämlich bedeutend gesteigert und sind auch jetzt wieder in den ersten vier Monaten so in die Höhe gegangen, daß es nicht nur kein Bedenken hat, 500,000 Thlr. weniger zuzuschießen, sondern daß selbst gehofft werden kann, auch diesen Zuschuß künftig noch mehr zu verringern. Zur Deckung des Defizits vom Jahre 1862 auf Höhe von 3,385,000 Thlr. würden die Ueberschüsse des Jahres 1860, welche 3,867,000 Thlr. betragen, verwendet werden können; die Deckung ist also reichlich vorhanden, wenn auch die Einnahme in der Wirklichkeit sich nicht so hoch stellen würde, wie der Etat annimmt. Nach dem Ergebniß der ersten 4 Monate des Etats kann indeß gehofft werden, daß ein geringerer Zuschuß nothwendig ist.

Was den Etat für 1863 betrifft, so unterscheidet sich dieser von dem früheren dadurch, daß einmal, abgesehen von den wegfallenden Steuerzuschlägen, die Einnahme-Ausfälle bedeutend geringer sind, und daß erhebliche Ausgabe-Ermäßigungen in einzelnen Verwaltungen eintreten. Die Mehr-Ueberschüsse belaufen sich auf 937,000 Thlr., die Ersparnisse auf 1,871,000 Thlr., zusammen also 2,808,000 Thlr. Der Betrag des in Ausfall gekommenen Zuschlages wird angenommen auf 1,857,000 Thlr., so daß noch 951,000 Thlr. disponibel bleiben. Diese Summe und eine weitere Ersparniß von 300,000 Thlr. bei der Staatsschulden-Verwaltung ist dazu bestimmt, allen Verwaltungszweigen, so weit als möglich, größere Mittel zu neuen Ausgaben zu liefern und außerdem zur Tilgung der 5procentigen Anleihe vom Jahre 1859 300,000 Thlr. zu verwenden. Zur Deckung des Deficits des Jahres 1863 werden die Ueberschüsse der Vorjahre die Mittel gewähren, so daß Verlegenheiten auch dann nicht entstehen, wenn die Einnahmen nicht so hoch werden sollten, als der Etat annimmt. Ich bemerke dabei, daß bei den Ausgabe-Ersparnissen eine Summe von 1,116,000 Thlr. auf den Etat der Militär-Verwaltung fällt, die in Verbindung mit der Summe von 831,000 Thlr. die Summe von 1,947,000 Thlr. beträgt; allerdings ist diese Ersparniß nur vorübergehend. Endlich habe ich des mit der französischen Regierung abgeschlossenen Handels-Vertrages hier in so fern noch zu gedenken, als die Ausführung dieses Vertrages vorübergehende Ausfälle ergeben kann. Es ist jedoch nicht wohl möglich, eine Basis für die Berechnung dieser Ausfälle zu gewinnen, und es ist deshalb in dem vorliegenden Etat um so weniger auf diese Ausfälle Rücksicht genommen, als zur Zeit der Termin zur Ausführung dieses Vertrages noch nicht feststeht und auch die Mittel zur Deckung der Ausfälle in dem sogenannten Restfonds vorhanden sind, welcher in den letzten drei Jahren eine Summe von 1½ Millionen (jährlich?) betragen hat.

Der Finanz-Minister überreicht ferner die Rechnungen des Jahres 1859 und 1860, und beantragt, beide Vorlagen der Budget-Commission zu überweisen.

Abg. Waldeck: Das Haus habe in den Jahren 1860 und 1861 für den Militär-Etat eine besondere Militärcommison gewählt, und halte er es für nöthig, auch diesmal so zu verfahren. Er wolle den Antrag gegenwärtig noch nicht stellen, sondern bis dahin vorbehalten, daß das Haus Einsicht in die Etats genommen habe. Der Finanzminister erkärt, daß er nichts dagegen einzuwenden habe. — Mit dem vom Abg. Waldeck gemachten Vorbehalt werden die Vorlagen vorläufig der Budget-Commission zugewiesen.

Der Minister legt ferner die Staatshaushalts-Rechnungen von 1859 und 1860 vor, behufs der Decharge. Abg. v. Bockum-Dolffs: ob die Bemerkungen der Oberrechnungskammer mit vorgelegt seien? Minister v. d. Heydt: ja, (so weit sie eingegangen seien; die Monita fehlten aber.)

Der Minister legt ferner vor: einen Entwurf wegen Erhebung der Stempelsteuer von auswärtigen Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigeblättern, der bereits in der vorigen Session eingebracht worden; die Aenderungen der früheren Commissionen sind dabei acceptirt. Wird nach dem Antrag des Abg. Kühne der Finanz-Commission überwiesen.

Der Minister legt ferner vor einen Entwurf wegen Einstellung der Erhebung von Schiffahrtszöllen auf der Mosel, und einen Entwurf wegen Verwendung von Stempelmarken. Eine Erhöhung der Stempelsteuer selbst wolle er nicht vorschlagen, da das Ministerium gesonnen sei, in dieser Session überhaupt nicht mit neuen Steuergesetzen vorzugehen. Der Gebrauch von Stempelmarken würde eine wesentliche Erleichterung des Verkehrs mit sich bringen; man werde bei den Stempelämtern gestempelte Blanquets und Marken von 5 Sgr. bis zu 1 Thaler kaufen können. Wird der Commission für Handel und Gewerbe überwiesen.

Ferner einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Verordnung vom 14. Oktober 1844 wegen periodischer Revision des Grundsteure-Catasters für Rheinland und Westfalen. Diese Aufhebung sei bereits früher von der Grundsteuer-Commission vorgeschlagen. Wird der Finanzkommission überwiesen.

Ferner die Freundschafts- und Handelsverträge mit Japan, China, Siam — Resultate der asiatischen Expedition, von denen sich in Zukunft viel hoffen lasse — so wie den mit Hannover abgeschlossenen Vertrag wegen Aufhebung des Stadezolles; — desgleichen den mit der ottomanischen Pforte abgeschlossenen Handelsvertrag, der sich auf die von demselben Lande mit England und Frankreich geschlossenen Verträge stütze. Auf Antrag des Abg. Reichenheim werden die Handelsverträge der Commission für Handel und Gewerbe, der Vertrag mit Hannover derselben und der Finanzcommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. In Bezug auf die Wahlen der Abg. v. Chlapowski und Graf Plater beantragt das Haus auf Vorschlag der Abtheilung, die Regierung aufzufordern, erst eine Anzahl Details festsetzen zu lassen; Abg. v. Bentkowski beschuldigt die Regierungs-Behörden des betreffenden Wahlkreises tendenziöser Auslegung des Wahlgesetzes, und will die anzustellenden Ermittelungen noch auf ein weiteres Detail ausgedehnt wissen; das Haus tritt dem bei.

Der Finanzminister überreicht den mit Frankreich abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrag, sowie den Vertrag wegen Schutz des literarischen Eigenthums und wegen der Zollregulirung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen. Noch sei — fügt der Minister hinzu — nur von wenigen Zollvereins-Regierungen die Zustimmung erfolgt; dennoch glaube er, den Vertrag dem Hause vorlegen zu müssen, da die Regierung mit der französischen Regierung einig, und falls die Zustimmung der anderen Staaten erfolge, auch rechtlich gebunden sei; sie hoffe, daß diese Zustimmung erfolgen werde. Bei Prüfung dieser wichtigen Vorlage werde das Haus sich gewiß von demselben Grundsatz leiten lassen, den die Regierung befolgt: von dem Grundsatze der wohlverstandenen Interessen beider Länder. Die Interessen, die zur Schließung des Vertrages geführt, seien keine specifisch politischen. Doch sei sich die Regierung wohl bewußt, daß die Nationen bei der Verbindung ihrer materiellen Interessen sich einander näherten; und so habe die Politik auch an diesem Werke des Friedens Theil. Spätere Tarif-Veränderungen würden dem Hause vorgelegt werden, so wie noch andere Zollermäßigungen im Interesse der arbeitenden Klassen, z. B. der Fabrikmaterialien. — Der Vertrag wird den Commissionen für Finanzen und Zölle, und für Handel und Gewerbe gemeinsam überwiesen.

Bei der Fortsetzung der Wahlprüfungen entspinnt sich eine sehr langdauernde Debatte über die Wahl des Grafen Oppersdorf, welche die Abtheilung beanstandet wissen will, weil Unregelmäßigkeiten bei der Wahl der Wahlmänner vorgegangen, welche die geringe Majorität der Wahl des genannten Abg. alteriren. Unter andern ist vergessen worden, die von den Urwählern genannten Namen in die Listen einzutragen. Es wird für und gegen den wesentlichen Einfluß dieses Umstandes gesprochen; man will die Wahl theils beanstandet, theils ungiltig erklärt wissen. Die Majorität erklärt sich für den Schluß der Debatte. Ref. Karsten widerlegt den Einwand eines Vorredners, als sei man in anderen Wahl-Abtheilungen nach einem anderen Princip verfahren und jener Umstand nicht für wesentlich gehalten. Die Wahl wird vom Hause für ungiltig erklärt. Der Präsident schließt die Sitzung um 4½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Die in dem heutigen Vortrage des Finanzministers mitgetheilten Ziffern sind in den Tausenden nicht ganz genau, im Allgemeinen aber durchaus verläßlich.

Berlin, 26. Mai. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem großherzoglich badenschen Geheimen Rath, Professor Dr. Rau in Heidelberg den rothen Adler-Orden zweiter Klasse, dem katholischen Pfarrer Mathias Walscheid zu Uedersdorf im Kreise Daun den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Förmermeister Joh. Kaschek auf der Eisengießerei bei Gleiwitz, dem Tribunals-Boten Karl Friedrich Wilhelm Herrmann zu Königsberg i. Pr., dem Schullehrer Wanke zu Bratsch im Kreise Leobschütz und dem Küster Heinemann zu Heldrungen im Regierungsbezirk Merseburg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Rittergutsbesitzer Otto Julius Schröder auf Groß-Münsterberg im Kreise Mohrungen in den Adelstand zu erheben.

An Stelle der verstorbenen diesseitigen Consular-Agenten Ohlsen in Jarsund und Dreyer in Flekkefiord sind die Kaufleute P. Otto in Jarsund und Joh. Beer in Flekkefiord zu diesseitigen Consular-Agenten daselbst bestellt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar v. Groddeck zu Schwetz ist unter Verleihung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Bromberg als Rechts-Anwalt an das Kreis-Gericht zu Bromberg mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst versetzt worden. — Der Kreisgerichts-Rath Dr. Hummel zu Conitz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte daselbst und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Conitz und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Charakters fortan den Titel als „Justiz-Rath" zu führen. (St.-A.)

Berlin, 25. Mai. [Ueber den augenblicklichen Stand der kurhessischen Angelegenheit] wird der „Köln. Ztg." von hier geschrieben:

„Das preußische Ultimatum nach Kassel war Sonnabend, 17. Mai, abgegangen, wie dies gleich am anderen Tage der „Kölnischen Zeitung" mit der vollkommen richtigen Angabe des Datums wie des Inhaltes gemeldet wurde. Als in der bestimmten Frist das kurhessische Ministerium nicht entlassen war, brach Hr. v. Sydow den diplomatischen Verkehr ab und verließ Kassel. Man erwartete dann sofort den Einmarsch der preußischen Truppen, besonders seit inzwischen bekannt geworden war, daß eine zweite preußische Note weitere Schritte in Aussicht gestellt hatte. Der Nicht-Einmarsch ward darauf von den Einen dadurch erklärt, daß der Kriegsminister noch nöthige Vorkehrungen treffen wollte, nach den Anderen, weil der Beschluß des Bundestages nebst seinen Folgen über die Hauptfrage abgewartet werden sollte. Dieser ist nun erfolgt. Der Bundestag hat heute die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 beschlossen und Kurhessen hat sogleich seine Folgeleistung angekündigt. Der Bundestag hat den preußisch-österreichischen Antrag angenommen, ist also über das Wahlgesetz von 1849 mit Stillschweigen hinweggegangen. Ob dasselbe in Kassel selbst vielleicht aus freien Stücken wiederhergestellt werden dürfte, wie hier seit gestern Abend zu unserer Verwunderung in der politischen Welt nach angeblichen früheren Aeußerungen des kurhessischen Gesandten angenommen wurde, wird bald bekannt werden. Das Interesse concentrirt sich jetzt in der Frage der preußischen Genugthuung. Viele trauen dem Kurfürsten zu, er werde lieber sogar die Verfassung von 1849 herstellen, weil dies eine Consequenz des Bundesbeschlusses sei, aber jedenfalls seine Minister behalten. Indessen begegnet man auch der Ansicht, Oesterreich sehe vorher, daß, wenn Preußen am Ende doch vorgehe, der weitere Gang der Dinge hier in Berlin einen liberalen Wechsel herbeiführen könne. Oesterreich wünsche, das gegenwärtige preußische Ministerium, trotz vorübergehender Differenzen, zu conserviren, und werde daher in Kassel zur Nachgiebigkeit rathen, damit die Verwickelung ihr Ende habe. Daß Oesterreich die Frage der Genugthuung vor den Bund bringen wolle, wie ein Gerücht wissen will, ist doch schwer zu glauben. Die nächsten Tage werden hierüber aufklären.

„Ein rheinisches Blatt meldet, General Willisen habe, als der Kurfürst den Brief nicht lesen gewollt, sich als nicht legitimirt angesehen und die Audienz sei abgebrochen worden. Dies wird bestritten. Man versichert im Gegentheil, Willisen haben die Wünsche und das Verlangen Preußens und seiner Verbündeten auseinandergesetzt. Der Kurfürst habe erwidert, er werde nicht dem Ersuchen, wohl aber dem Befehle des Bundestages nachgeben. Wegen der Rechtsfrage habe er den General an die anwesenden Minister verwiesen. Dann habe er sich über Preußens wechselvolles Verhalten im Allgemeinen beschwert und zum Schlusse die schon gemeldete verletzende Aeußerung gethan.

Alles in Allem genommen ist es nach dem gestrigen Bundesbeschlusse und der Erklärung, die Kurhessen abzugeben sich beeilt hat, es werde dem Bundesbeschlusse Folge leisten, sehr unwahrscheinlich, daß es vor der Hand zum Einmarsch preußischer Truppen in Kurhessen komme."

Berlin, 26. Mai. [Die hessische Genugthuung für Preußen.] Die „B. A. Z." schreibt: In Betreff der kurhessischen Angelegenheit wird uns von sonst gut unterrichteter Seite gemeldet, daß der Kurfürst in einem Briefe an Se. Majestät den König wegen der seinem Abgeordneten zugefügten Beleidigung Satisfaction angeboten und sich zur Entlassung der beiden Minister, die jenem Act beiwohnten (Abée und Göddäus) bereit erklärt haben soll. Ob diese Nachricht sich bestätigt, wird uns wohl in Kurzem die offizielle Zeitung melden.

Die Wahrheit jener Nachricht vorausgesetzt, und ferner vorausgesetzt, daß die Satisfaktion in genügender Form geleistet ist, scheint es nun freilich so, als könnte in der Thätigkeit Preußens ein Stillstand eintreten. Die Forderungen Preußens wären formell erfüllt: die Wahl-Erlasse sistirt, die Verfassung von 1831, vorbehaltlich verfassungsmäßiger Revision, wieder eingeführt, die nach constitutioneller Doctrin „verantwortlichen" Minister entlassen. Daß Preußen nicht mehr verlangt hat, wäre dann seine Schuld.

Es hätte zweierlei noch verlangen müssen: 1) Anerkennung des Wahlgesetzes von 1849; bei dem Bundestag wäre das mit dem Uebrigen hingenommen, und es wäre nicht jener Zustand der Rechtsunsicherheit eingetreten, der nun sogar den Beginn der Wiederherstellung des Rechts sehr erschwert. Wenn das Volk von Kurhessen bei dem Wahlgesetz von 1849 stehen bleibt, so ist die Verwirrung größer als je.

2) Ersetzung des alten Ministeriums durch eines, welches dafür Garantien bietet, daß es nicht wieder preußenfeindlich und verfassungsfeindlich sein wird. Mit dem Buchstaben des Bundesrechts ist die Sache doch nicht zu erledigen, und der bloße formelle Austrag der Streitigkeit, der weder Preußen noch dem Volk etwas nützt, wird bei den Gegnern Preußens schon ebensoviel böses Blut erregen, als die vollständige Durchführung der durch die eiserne Nothwendigkeit der Lage gebotenen Forderungen.

Es ist ein Fehler des preußischen Ministeriums, die Sache nicht sofort auf die Spitze getrieben zu haben; ein Fehler, der aus seiner halben Stellung überhaupt entspringt.

Möchte endlich die Regierung zu der Ueberzeugung kommen, daß ihre Stärke nur in der Eintracht mit dem eigenen Volk, nur darin besteht, daß sie sich den wahren Inhalt der öffentlichen Stimmung aneignet und sie zu leiten und zu beherrschen versteht!

Berlin, 26. Mai. [Preußens Erklärung am Bundestage.] Die „Sternztg." ist in den Stand gesetzt, die Erklärung mitzutheilen, mit welcher Preußen seine Abstimmung für den Antrag vom 8. März d. J, in der kurhessischen Sache begleitete. Sie lautet:

Die königliche Regierung ist der Ansicht,

1) daß die seit dem Jahre 1852 erlassenen Gesetze so lange in

Kraft bleiben, als sie nicht einer verfassungsmäßigen Abänderung unterliegen;

2) daß anerkannt bundeswidrige Bestimmungen der Verfassung von 1831, welche einmal factisch außer Wirksamkeit gesetzt sind, nicht wieder hergestellt werden, sondern suspendirt bleiben, bis sie auf verfassungsmäßigem Wege abgeschafft sind.

Die königliche Regierung glaubt auf die Motive des Gutachtens nicht weiter eingehen zu sollen, kann aber doch nicht umhin, zu bemerken, daß sie dieselben nicht durchgehends ihrer Auffassung entsprechend findet. Es ist dies unter Anderem der Fall hinsichtlich der Art und Weise, wie die Competenz der hohen Bundesversammlung für die vorliegende Frage begründet wird, so wie in Betreff der für die Nothwendigkeit einer neuen Wahlordnung angeführten Gründe.

Die königliche Regierung darf, nachdem sie ihren Standpunkt über die Angelegenheit wiederholt zu Protokoll der hohen Versammlung erklärt hat, hierauf Bezug nehmen und sich eines nochmaligen näheren Eingehens bei der gegenwärtigen Gelegenheit enthalten.

[Vom Hofe.] Se. Maj. der König, Allerhöchstwelcher sich am Sonnabend Abend nach Schloß Babelsberg begab, empfing auf Schloß Babelsberg den Finanzminister v. d. Heydt, und Nachmittags 3½ Uhr fand daselbst die königl. Familientafel statt. — Se. königl. Hoheit der Kronprinz wird nach den getroffenen Dispositionen am Freitag Abend mit seinen militärischen Begleitern nach Bromberg abreisen und Tags darauf den Festlichkeiten beiwohnen, welche zur Feier der Enthüllung des Standbildes Friedrichs des Großen dort stattfinden. Schon am Sonnabend Abend tritt Se. königl. Hoheit von Bromberg die Rückreise nach Berlin an, weil Höchstderselbe dem Stiftnngsfeste des Lehr-Infanterie-Bataillons beiwohnen will, das am Sonntag in herkömmlicher Weise in den Communs am Neuen Palais zu Potsdam gefeiert wird.

Berlin, 26. Mai. [Die Spaltung der Fraction Grabow.] Als die Nachricht von der Wahl des Herrn v. Vincke einging, — schreibt die „Nationalztg." — schien es uns sofort unzweifelhaft, daß sein Eintritt in das Abgeordnetenhaus die Fraction Grabow sprengen und den größeren Theil ihrer Mitglieder zur Fraction Bockum-Dolffs hinüberdrängen würde. So lebhaft dieser Ansicht damals von altliberaler Seite widersprochen wurde, so hat sie sich doch schon in der ersten Woche der neuen Session bewährt. Es werden jetzt wenigstens gegen die Wähler der Fortschrittspartei im Kreise Hagen die thörichten Anklagen verstummen müssen, nach denen sie einen erklärten politischen Gegner hätten ins Abgeordnetenhans senden sollen. Die „Kölnische Zeitung" sagt: „Herr von Vincke scheint es sich angelegen sein zu lassen, die kühnsten Hoffnungen seiner — Widersacher zu übertreffen. Sie hatten prophezeit, er werde, wie im vorigen Jahre, die Gelegenheit vom Zaune brechen, um mit den Fortschrittsmännern Streit anzufangen. Allein er hat gezeigt, daß er keines Zaunes bedarf, sondern die Gelegenheit zum Streit aus der Luft greifen kann." Eine berliner Correspondenz dieses Blattes sagt über die letzten Vorgänge in der nun aufgelösten Fraction Grabow: „Die Ursache der Krisis war die Meinungs-Differenz über das Verhältniß zur Fortschrittspartei, und sie hing wiederum zusammen mit dem Versuche, eine engere Verbindung zwischen den beiden Fractionen Grabow und Bockum-Dolffs herzustellen. Seitens der letzteren wurde als Bedingung dazu aufgestellt, die Fortschrittspartei als eine „verwandte" liberale Fraction zu betrachten und mit ihr ein Central-Comite zur Verständigung über die den verschiedenen Fragen gegenüber einzunehmende Haltung zu bilden. Hierüber brach in der Fraction Grabow der Zwiespalt aus, der nach mehrtägigen ziemlich heftigen Erörterungen zur Auflösung der schon durch den Uebertritt eines Theiles ihrer Mitglieder zu der Fraction Bockum-Dolffs erheblich geschwächten Fraction führte. Ein Theil wollte jener Bedingung willfahren, der andere wies sie entschieden zurück mit der Erklärung, daß zwischen ihr und der Fortschrittspartei keine Verwandtschaft der Ueberzeugungen bestehe und daher ein solches organisirtes Zusammenwirken unzuläßig sei. Dies schließe nicht aus, daß man in Fragen, in denen sich eine Uibereinstimmung mit ihr herausstelle, mit ihr zusammen stimmen werde, wie dies eintretenden Falles auch mit den Feudalen und den Clericalen eben so geschehen würde. Am Freitag brach darüber die Fraction Grabow auseinander; doch noch an demselben Abende trat ein Theil ihrer Mitglieder und zwar der, welcher jene Gemeinschaft mit der Fortschrittspartei zurückwies, wieder zusammen und constituirte sich auf Grund der alten Geschäftsordnung der Fraction. (Das Uebrige ist bekannt).

Deutschland.

Stuttgart, 24. Mai. [Eine preußische Note wegen des Handelsvertrages.] Die preußische Regierung hat eine energische Note an das hiesige Cabinet erlassen, worin sie sich kräftig des französisch-deutschen Handelsvertrages annimmt und die württembergische Regierung davor warnt, ein Scheitern desselben dadurch herbeizuführen, daß sie sich hinter ihre zweite Kammer stecke. Trotz der Petitionsbewegung, welche Weinproducenten und Baumwollenfabrikanten gegen den Vertrag heraufbeschworen haben, bereitet sich nach und nach in der öffentlichen Meinung ein Umschwung der Ansichten überall da vor, wo man nicht österreichische oder die eigenen Interessen verficht. Inzwischen hat es mit der definitiven Lösung dieser Frage seine gute Weile, da die Kammer heute bis Mitte Juni vertagt ward. (F. J.)

Italien.

Turin, 22. Mai. [Nochmals die räthselhafte Raubgeschichte. — Empfang des Königs in Turin. — Garibaldi oder das Gesetz.] Aus Genua, 19. Mai, wird der „Triester Zeitung" berichtet: „Die Untersuchung wegen des Parodi-Raubes wird mit großem Eifer betrieben, und es kommen fortwährend neue Einzelnheiten an den Tag. Jetzt handelt es sich hauptsächlich darum, den siebenten Mitschuldigen zn entdecken, der das Ganze eingefädelt, geleitet und einen so namhaften Theil des Ertrages sich angeeignet hat, ohne sich selbst einer Gefahr auszusetzen. Aus der einstimmigen Aussage der Verhafteten (die sich indessen wohl schon früher darüber verständigt haben könnten) geht hervor, daß dieser Mann von ihnen „Oberst" genannt wurde und während des Raubes am Fuße der Treppe Wache stand, dort die Beute in Empfang nahm und theilte. Die Matrosen des Fahrzeuges „Amor di Patria" wurden in Freiheit gesetzt, nicht aber der Capitän. Oberst Cattabeni liegt im Kerkerspital; einem General, der ihn sprechen wollte, wurde die Erlaubniß dazu verweigert." — Der König wollte einem offiziellen Empfange ausweichen und hatte dies durch seinen General-Adjutanten Grafen Cigala auch hier anzeigen lassen. Demnach wurde eine Feierlichkeit improvisirt, welche nicht sowohl durch die offiziellen Veranstaltungen, als durch den freiwilligen Ausbruch der Begeisterung des in zahlloser Menge herbeiströmenden Volkes einen wahrhaft imposanten Charakter gewann. Man wollte wohl den Eindruck, den die Ereignisse der letzten Tage auf den König gemacht haben mögen, durch diese Ovation verwischen. Victor Emanuel fuhr in einem einfachen zweispännigen Wagen, in Civilkleidern und von Ratazzi, Vimercati und dem Prinzen von Carignan begleitet. Diesen Abend noch werden sich die Minister versammeln, um über einige mit den neuesten Vorgängen in Beziehung stehende Punkte zu berathen. Vor Allem ist über die Annahme der von dem Präfecten von Brescia eingereichte Entlassung zu entscheiden. Bekanntlich wollte derselbe Garibaldi, dessen persönlicher Feind er ist, verhaften, erhielt jedoch nicht die nachgesuchte Erlaubniß. Daß die öffentliche Meinung selbst den gefeierten Volkshelden streng genug beurtheilt, beweist der große Absatz, den die vondem Abgeordneten Boggio veröffentlichte Broschüre: „Garibaldi oder das Gesetz" schon am ersten Tage nach ihrem Erscheinen gefunden. Garibaldi wird durch Türr die Meinung des Königs zu hören bekommen, vielleicht selbst noch vor Victor Emanuel sein Herz ausschütten und dann nach Caprera zurückkehren. Was ihn besonders gereizt hatte, war dies, daß er am 12. dem General Türr versprochen hatte, er werde alle etwaigen Expeditionsplane seiner heißblütigen Freunde verhindern, und daß dennoch, ohne allen weiteren gravirenden Zwischenfall, bereits am folgenden Tage die bekannten Verhaftungen vorgenommen wurden. Mazzini war zu jener Zeit verkleidet in Mailand, ist jedoch nach der Vereitelung des Anschlages schleunigst wieder nach England abgereist.

Rußland.

○ **Warschau,** 25. Mai. [Zollkammer.] Die Zeitungen veröffentlichen einen kaiserlichen Ukas, wonach an der Warschau-Bromberger Eisenbahn im Dorfe Alexandrow eine Zollkammer ersten Ranges errichtet werden soll, mit der Befugniß, Waaren nach Warschau, Moskau und Petersburg transito zu expediren. Auch können an dieser Kammer Zollgebühren auf 8 Monat repartirt werden. Für die Speditionshäuser Ihrer Provinz kann diese Mittheilung von Wichtigkeit sein.

Belgien.

Brüssel, 24. Mai. [Ein zurückgewiesener Thron.] Der Erzherzog Max ist vergeblich in Paris erwartet worden. In Brüssel war derselbe allerdings, ist aber längst wieder nach Deutschland abgereist. Der österreichische Erzherzog hat es nicht einmal der Mühe werth gehalten, sich für den Ehrenposten zu bedanken, den der Kaiser Napoleon ihm in Mexiko zugedacht hat. Wie der „Indep. belge" mitgetheilt wird, hat Fürst Metternich zum Ueberfluß noch vom Kaiser von Oesterreich Weisung erhalten, dem Minister des Auswärtigen in Paris, Thouvenel, eine Mittheilung zu machen, die keinen Zweifel darüber mehr läßt, daß das österreichische Kaiserhaus nicht daran denke, sich einen Thron schenken zu lassen, der erst noch mit französischen Waffen erobert werden soll.

Breslau, 27. Mai. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: an der Sand-Kirche Nr. 1 ein Siegelring mit einem grünen Steine, auf welchem eine Krone und die Buchstaben F. S. in gothischer Schrift sich befinden, ein Paar braune Bukskinhosen; Stockgasse Nr. 31 ein schwarzer Tuchrock mit schwarzseidenem Futter und schwarzen Hornknöpfen, zwei Paar schwarze Tuchhosen, eine schwarze Sergeweste, ein Paar kalbledene Stiefeln und eine Blechbüchse mit 17 Sgr. Inhalt; außerhalb Breslau ein Hahn und 29 Stück grau und gelb gefiederte Hühner.

Polizeilich mit Beschlag belegt wurden: ein schwarzer Tuchrock, ein seidenes und ein blauwollenes Taschentuch.

Verloren wurden: ein grünledernes Geldtäschchen mit Stahlschloß und 1 Thaler 21½ Sgr. Inhalt; eine Brosche.

Gefunden wurden: ein Notiztäschchen, in welchem sich sieben Visiten-Karten und ein Lotterieloos befanden; ein Portemonnaie, eine Schultasche von grünem Leder und ein kleiner Schlüssel.

[Herrenloser Handwagen.] Seit dem 24sten d. Mts. wird in dem Hause Nr. 54 der Schmiedebrücke, ein auf letzterer herrenlos vorgefundener, leerer vierrädriger Handwagen verwahrt, zu welchem ein Eigenthümer sich bis jetzt nicht gemeldet.

[Lebensrettung.] Am 22sten d. Mts., Mittags, rettete der Schiffs-Eigenthümer Ernst Heyn aus Tschiefer bei Neusalz einen fünfjährigen Knaben vom Ertrinken in der Oder, in die derselbe unterhalb der Salzmagazine im Schießwerder beim Spiel mit andern Kindern gestürzt war.

[Bettelei.] Im Laufe letztverflossener Woche sind hierorts 7 Personen durch Polizei-Beamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden.

Angekommen: Se. Excellenz kaiserl. königl russischer Staatsrath Graf v. Wallowsky mit Gemahlin aus Petersburg. Inspekteur der 2. Pion.-Inspekt., Oberst v. Eichstädt, aus Glogau. (Pol.-Bl.)

* **Wien,** 25. Mai. [Nestroy] ist gestern Vormittags 11 Uhr gestorben.

Breslauer Sternwarte.

26. Mai 10 U. Abds.	27 7,89	+10,0	N. 1.	Heiter.
27. Mai 6 U. Morg.	27 8,92	+8,4	W. 1.	Heiter.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 26. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete bei stillem Geschäft zu 70, 25, stieg auf 70, 32, fiel auf 70, 20 und schloß zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92⅛ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 70, 20. 4½proz. Rente 97, 50. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 515. Credit-mobilier-Aktien 826. Lomb. Eisenbahn-Aktien 595. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 26. Mai, Nachmitt. 3 Uhr. Consols 92. 1proz. Spanier 44. Mexikaner 31⅞. Sardinier 83½. 5prz. Russen 96½. 4½prz. Russen 90½.

Wien, 26. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Fest, beliebt. 5proz. Metalliq. 71, —. 4½proz. Metall. 63, 25. Bank-Aktien 840. Nordbahn 210, 20. 1854er Loose 97, 50. National-Anleihe 84, 20. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 271, —. Creditaktien 215, 50. London 132, 25. Hamburg 98, —. Paris 52 30. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 165, —. Lomb. Eisenbahn 289, —. Neue Loose 135, 40. 1860er Loose 97, 50.

Frankfurt a. M., 26. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Günstige Stimmung. Fonds und Aktien in fester Haltung. Neue vollbezahlte Russen 91⅝. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 134. Wiener Wechsel 88⅞. Darmstädter Bank-Aktien 215½. Darmst. Zettelbank 248½. 5proz. Metall. 53⅜. 4½proz. Metall. 47⅛. 1854er Loose 72½. Oesterr. National-Anleihe 62⅜. Oest.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 241½. Oesterr. Bank-Antheile 743. Oesterr. Credit-Aktien 190½. Neueste östr. Anleihe 74¼. Oesterreich. Elisabet-Bahn 124. Rhein-Nahe-Bahn 32¼. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 124⅛.

Hamburg, 26. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Schwaches Geschäft. Schluß-Course: National-Anleihe 62½. Oest. Credit-Aktien 80¼. Vereinsbank 101⅝. Nordd. Bank 94¾. Rheinische 93¼. Nordbahn 61½. Disconto 4¼—½. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 26. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco letzt bezahlte Preise zu bedingen, ab auswärts unbeachtet. Roggen loco fest, ab Danzig pr. Juni 79 Geld, ab Königsberg pr. Juni 86 Brief. Oel pr. Mai 28½, pr. Oktbr. 27¼. Kaffee, zwei Ladungen Santos und Rio 8000 Sack nach Holland verladen. 300,000 Pfd. Jamaica zu 7⅞—8¼ verkauft.

Liverpool, 26. Mai. [Baumwolle.] 5,000 Ballen Umsatz. — Preise steigend.

London, 26. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Englischer Weizen einen, fremder zwei Schillinge niedriger, Detailgeschäft. Gerste langsam, dänische einen, mittelländische einen halben Schilling billiger. Hafer beständig. Mehl halten Inhaber fest.

Amsterdam, 26. Mai. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen flau. Roggen, preußischer loco 6 Fl., Termine 5 Fl. niedriger. Raps October 74½. Rüböl Herbst 43¾.

Berlin, 26. Mai. Die Haltung der heutigen Börse war mit der vo Sonnabend fast absolut übereinstimmend. Das Geschäft in allen Effectengattungen nur gering, so daß ein großer Theil von Notirungen beinahe nur als nominell zu betrachten ist, dabei aber Festigkeit bei keinem der leitenden Papiere zu vermissen. Lebhaftigkeit im Umsatze zeigte sich nur ganz ausnahmsweise bei einem und dem anderen der leichten Spielpapiere, so besonders in kosel-oderberger Eisenbahnactien, annähernd auch in mastrichtern und in genfer Creditactien. Die schweren Eisenbahnactien waren beinahe alle recht fest, nur hin und wieder, so z. B. bei anhaltern, nöthigte der Mangel an allem Kaufbegehr die Inhaber, im Course ein wenig herabzugehen. Die österreichischen Effecten waren gleichfalls fest, aber fast alle ohne Bewegung. Hervorzuheben ist etwas mehr Regsamkeit in preußischen Fonds, besonders in 4½% Anleihen, neben wachsender Schwierigkeit des Geldmarktes, die mit der Annäherung der Wollmarktsaison ohne Zweifel noch zunehmen wird; unter 3¼% war auch für erste Disconten heute schon schwer anzukommen. (B. u. H.-Z.)

Berlin, 26. Mai. Weizen loco 65—77 Thlr. nach Qualität, bunter polnischer 73 Thlr. ab Bahn, weißbunter poln. 75 Thlr. ab Boden bez. — Roggen loco 78pfd. 50 Thlr., eine Ladung 78—79pfd. 50⅜ Thlr. bez., 79—80pfd. 50½ Thlr. ab Kahn bez., 81—82pfd. 50¾ bez., Mai ein abgelaufener Kündigungsschein 49¾ Thlr. bez., Mai-Juni 50⅛—49¾ Thlr. bez. u. Gld., 50 Thlr. Br., Juni-Juli 49—48¾ Thl. bez. u. Gld., 49 Thl. Br., Juli-Aug. 48¼—47¾ Thlr. bez. und Gld., 48 Thlr. Br., Aug.-Septbr. 48—47¾ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 47⅜—⅝—⅜ Thlr. bez. und Gld., 47½ Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 47 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 34—37 Thlr. bez. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 24—26 Thlr., feiner weißer schlesischer 25¾ Thlr. ab Bahn bez., Lieferung pr. Mai-Juni 24¾—25 Thlr. bez., Juni-Juli 24⅞—25 Thlr. bez., Juli-Aug. 25 Thlr. bez., Sept.-Oktbr. 24¾—⅞ Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 24⅞ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 49—57 Thlr. — Rüböl loco 13⅓ Thlr. bez., 13¼ Thlr. Br., Mai, Mai-Juni und Juni-Juli 13⅓—¼ Thlr. bez., Br. und Gld., Juli-Aug. 13⅜ Thlr. Br., ⅓ Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 13⅓—¼ Thlr. bez. und Gld., 7/24 Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 13⅓ Thlr. bez. und Gld., 7/24 Thlr. Br. — Leinöl loco 13½ Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 17¾—7/12 Thlr. bez., dito mit Faß 17 5/12 Thlr. bez., Mai, Mai-Juni und Juni-Juli 17 5/12—⅓—⅜ Thlr. bez. und Gld., 5/12 Thlr. Br., Juli-Aug. 17⅝—⅔ Thlr. bez., Br. und Gld., August-Septbr. 17⅞ Thlr. bez. und Gld., 18 Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 17⅞—18 Thlr. bez., Br. und Gld., Oktbr.-Novbr. 17⅓ Thlr. bez.

Weizen einiger Handel. Roggen disponible war zu unveränderten Preisen und schwachen Offerten nur mäßiger Handel. Termine eröffneten zu den vorgestrigen Schluß-Coursen und erlagen dann einem starken Angebot, wodurch Preise ein wenig nachgaben und schließen ruhiger. Gekündigt 6000 Ctnr. Hafer in fester Haltung. Gekündigt 600 Ctnr. Rüböl durch Offerten pr. Herbst gedrückt, mußte auch in nahen Sichten im Werthe nachgeben, Schluß etwas fester. Spiritus litt unter überwiegendem Angebot, das entsprechender Frage nicht begegnete und setzte den Werth für alle Sichten etwas zurück. Schluß ruhiger. Gekündigt 20,000 Quart.

Berliner Börse vom 26. Mai 1862.

Fonds- und Geldcourse.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anleihe	4½	100¼ G.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	99⅝ bz.
dito 54, 55, 56, 57	4½	100⅞ bz.
dito 1853	4	99½ bz
dito 1852	5	107¼ bz
Staats-Schuld-Sch.	3½	89½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	120 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	101¾ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	92¾ bz.
dito dito	4	101 G
Pommersche	3½	91⅛ B.
dito neue	4	100⅝ bz.
Posensche	4	104½ G.
dito	3½	98⅛ G.
dito neue	4	97⅜ G.
Schlesische	3½	92½ bz.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	99¼ bz.
Pommersche	4	99 G.
Posensche	4	98 G.
Preussische	4	98⅛ G.
Westf. u. Rhein.	4	98½ bz.
Sächsische	4	99½ B
Schlesische	4	99½ G.
Louisdor	—	109¾ B.
Goldkronen	—	9. 6¼ G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metall.	5	54 B
dito 54er Pr.-Anl.	4	73½ G.
dito neue 100-fl.-L.	—	68¾ etw. bz.u G.
dito Nat.-Anleihe	5	63¾ G.
dito Bankn.n.Whr.	—	76⅜ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	96 bz u B.
dito 5. Anleihe	5	85¾ bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	81¾ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87 bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 etw. bz.
dito à 300 Fl.	5	94¾ bz.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	87⅛ à ¼ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	58 B.
Baden 35 Fl.	—	31¼ G.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	87 bz.
Aach.-Mastricht.	3½	4	31⅞ à ½ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/15	4	89½ B.
Berg.-Märkische	6½	4	109 B.
Berlin-Anhalter	8¼	4	140¼ bz.
Berlin-Hamburg	6	4	116½ G. Verk.fehl
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	190 G.
Berlin-Stettiner	—	4	128¼ bz.
Breslau-Freibrg.	6½	4	124 a 124¾ bz.
Cöln-Mindener	—	3½	179 bz.
Franz.St.-Eisenb.	—	5	136¼ à 136 bz.
Ludw.-Bexbach.	8	4	134½ bz u.G.
Magd.-Halberst.	22½	4	294 bz.
Magd.-Wittenbrg.	—	4	42½ bz
Mainz-Ludw. A.	7	4	123¾ bz.
Mecklenburger	2¾	4	57 etw. bz.u B.
Münster-Hammer	4	4	97¼ B.
Neisse-Brieger	3½	4	72 B.
Niederschles.	4	4	97½ bz.
N.-Schl.-Zweigb.	1½	4	64 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	62¾ à ⅛ bz u B.
dito Prior.	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 1/15	3½	150½ bz.

	Div. 1861	Z.-F.	
Oberschles. B.	7 1/15	3½	129¼ bz.
dito C.	7 1/15	3½	150½ bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	— — —
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	95 G.
dito Prior E.	—	3½	84 bz.
dito Prior F.	—	4½	— — —
Oppeln-Tarnow.	¼	4	43⅞ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	55 bz.
Rheinische	—	4	94¾ bz.u.B.
dito (St.) Pr.	—	4	101 B.
dito Prior	—	4	— — —
dito III. Em.	—	4½	98½ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	30⅝ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/12	3½	91¾ G.
Starg.-Posener	—	3½	98½ bz.
Thüringer	6⅝	4	117½ bz.u.G.
Wilhelms-Bahn	—	4	51 à 52¼ bz.
dito Prior	—	4	91 bz.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	92 bz.
dito dito	—	5	92¼ B.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 1/12	4	116½ B
Berl.-Hand.-Ges.	5	4	90½ bz.u.G.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— —
Braunschw.Bank	4	4	80½ B
Bremer „	5⅞	4	103¼ G.
Coburg. Credit-A.	3	4	70½ G.
Darmst. Zettel-B.	8½	4	98½ B.
Darmst.Credb.-A.	5	4	86½ G.
Dess. Creditb.-A.	—	4	7 bz u B.
Disc.-Cm.-Anthl.	—	4	95 bz.
Genf. Creditb.-A.	—	4	44¾ à 45 bz.
Geraer Bank	5¾	4	86 B
Hamb. Nrd. Bank	6	4	94½ B.
„ Ver. „	5 1/16	4	101 G
Hannov. „	4½	4	99 B
Leipziger „	—	4	76¼ à ¼ bz.
Luxembrg. „	10	4	99 G.
Magd. Priv. „	4 1/16	4	89½ bz.
Mein.-Creditb.-A.	6	4	87 G.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	24¼ bz u.G.
Oester. Crdtb.-A.	7¾	5	81¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 1/12	4	95¾ G.
Preuss. B.-Anthl	4 1/16	4½	120 bz.
Schl. Bank-Ver.	6	4	93½ etw. bz.
Thüringer Bank	2⅜	4	55⅞ B.
Weimar. Bank	4	4	80½ B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143¼ bz.
dito	2 M.	142⅞ bz.
Hamburg	8 T.	152 bz.
dito	2 M.	150¾ bz.
London	3 M.	6. 21½ bz.
Paris	2 M.	80 bz.
Wien österr. Währ.	8 T.	75⅞ bz.
dito	2 M.	75⅜ bz.
Augsburg	2 M.	56. 24 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 26 bz.
Petersburg	3 W.	6⅝ b. 3 M. 96⅛ b.
Warschau	8 T.	86¾ bz.
Bremen	8 T.	109¼ bz.

Berlin, 24. Mai. [Wochen-Bericht über Eisen, Kohlen und Metalle von J. Mamroth.] Das Geschäft nahm in dieser Woche an Stille womöglich noch zu und ist von belangreichen Umsätzen gar nicht zu berichten, da der ganze Handel sich auf den nothwendigsten Consum beschränkte. Eigner halten hoch in ihren Forderungen und Käufer beharren in abwartender Stellung, wenn sie nicht billig kaufen können, der schleppende Gang und die Leblosigkeit haben so ziemlich den Höhepunkt erreicht. Aus Glasgow lauten die Berichte über den dortigen Roheisenmarkt matt; hier ruhte das Geschäft darin fast ganz, da Inhaber mit dem Preise nicht herabgingen und mußten bei einzelnen kleinen Umsätzen letztwöchentliche Notirungen bewilligt werden: man bezahlt in loco 47½ Sgr. auf Lieferung, 45—46 Sgr. nominell. Englischer 43 Sgr., schlesischer Coaks 1½ Thlr., Holzkohlen 1⅚ Thlr. per Ctr. frachtfrei Berlin. — Stabeisen. Für den Consum gingen kleine Partien zu bestehenden Preisen um. — Alte Eisenbahnschienen. Zu Bauzwecken 2—2½ Thlr. pr. Ctr., zum Verwalzen 1⅚ Thlr., bei mehr Nachgiebigkeit seitens der Abgeber hätten wohl größere Abschlüsse zu Stande kommen können, die aber an deren Zähigkeit immer scheiterten. — Blei schwach behauptet, im Detail 6½—7 Thlr. pr. Ctr. — Zinn. Englischer höher 41 Thlr. bezahlt. Banca-. Für die Auction in Holland sind 140,000 Block angemeldet. Da dieses Quantum geringer als das in vorigem Jahr zur Auction gekommene, so befestigten sich Preise etwas, doch waren Käufer zurückhaltend und bewilligten schwer die erhöhten Forderungen. — Zink. Gewöhnliche Marken 5⅓ Thlr., W. H. 5 Thlr. 17 Sgr. pr. Cassa ab Breslau, in Posten in loco 6—6½ Thlr. — Kupfer behauptete sich in fester Haltung. Paschkow 38 Thlr., amerikanische Sorten 34 Thlr., inländische und englische 31½—32 Thlr., im Detail 33 Thlr. pr. Ctr. — In Kohlen kamen diese Woche Abschlüsse nicht zu Stande, da Consumenten versorgt sind und weil Inhaber billige Preise, bei denen sich eher ein Geschäft machen ließe, durch die enorm hohen Frachten nicht zu stellen im Stande sind. Notirungen: Englische Gruben- 20 Thlr., Stückkohlen 22 Thlr., Nußkohlen 18—19 Thlr., Coaks 17 Thlr. pr. Last, Holzkohlen 7/12 Thlr. à Tonne, schlesische unverändert im Preise.

\# **Breslau,** 27. Mai. Wind: Nord-West. Wetter: bewölkt. Thermometer Früh 8° Wärme. Die Zufuhren blieben mittelmäßig gut, der Geschäftsverkehr schleppend, nur Gerste mehr beachtet.

Weizen ohne Frage; pr. 85pfd. weißer 67—81 Sgr., gelber 66—80 Sgr. — Roggen wenig verändert, jedoch still; pr. 84pfd. 50—53—57—59 Sgr. — Gerste fester; pr. 70pfd. 35—36½ Sgr. — Hafer schleppendes Geschäft; pr. 50pfd. schlesischer 25—26½ Sgr., vereinzelt über Notiz bezahlt. — Koch-Erbsen ohne Frage. — Wicken vernachlässigt. — Bohnen ruhig. — Oelsaaten ohne Umsatz. — Schlaglein wenig Frage.

	Sgr.pr.Schfl.		Sgr.pr.Schfl.
Weißer Weizen	70—76—83	Erbsen	45—50—56
Gelber Weizen	70—76—82	Wicken	33—37—40
Geringer u. blauspitziger	62—68—73		Sgr.pr.Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	50—56—60	Schlagleinsaat	150—180—200
Gerste	34—36—39	Winterraps	— —
Hafer	23—25—29	Sommerrübsen	— —

Kleesaat schwach beachtet; rothe 6—9—10—11—12 Thlr., weiße 6 bis 9—13—15—16 Thlr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 21—24 Sgr.

Posen, 26. Mai. Wetter: schön. Roggen: matt. Gek. — Wispel. Loco per d. Monat 43 5/12 Br., ⅓ Gld., Mai-Juni 43⅙—1/12 bez. u. Br., ¾ Gld., Juni-Juli do., Juli-August 43⅙ Br., August-September 43 Br., September-Oktober do.

Spiritus: anfangs fest, schließt matter. Gek. 18,000 Qrt. Loco per d. Monat 16 5/12 bez. u. Gld., 11/24 Br., Juni 16 5/12 bez. u. Br., ⅜ Gld., Juli 16 7/12 Br., ½ Gld., August 16¾ Br., ⅔ Gld., September 16 11/12—⅚ bez. u. Gld., Oktober 16 7/12 Gld., ⅔ Br. Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.